



Der Fridays-for-Future-Bewegung ist eine beispiellose Mobilisierung gelungen. Die Schulstreiks haben viele Menschen aktiviert, die bisher untätig waren. Foto: Jörg Farys/WWF CC BY 2.0

Jetzt heißt es dranbleiben!

Auch wenn das geplante Klimapaket der Bundesregierung enttäuscht – der Klimabewegung ist eine beispiellose Mobilisierung gelungen, die neue Chancen eröffnet.



Dr. Simon Teune
Protestforscher und
Mitglied im Stiftungsrat
der Bewegungsstiftung

Am 20. September folgten Millionen Menschen weltweit dem Aufruf der Fridays for Future, statt zur Arbeit oder Schule auf die Straße zu gehen. Am Abend des Tages, an dem auch Deutschland die größten Proteste seit vielen Jahrzehnten erlebte, stellte die ARD eine repräsentative Befragung vor, nach der 63 Prozent der Menschen Klimaschutz wichtiger finden als Wirtschaftswachstum. Auch Anhänger*innen der FDP teilten diese Haltung mehrheitlich. Fest steht: Denen, die für konsequenten Klimaschutz aktiv sind, ist eine beispiellose Mobilisierung gelungen, die bei den Menschen angekommen ist.

Auch die Regierung blieb davon nicht unberührt. Am Tag des Klimastreiks änderte die CDU auf ihren Social-Media-Profilen das Hintergrundbild. „Es gibt keinen Planeten B“ ist dort vor einem Satellitenbild der Erde zu lesen, so angeschnitten, dass Deutschland und Westeuropa darauf zu sehen sind. Rechts davon heißt es: „Wir handeln für mehr Nachhaltigkeit! #fridaysforfuture #cduforfuture“. Am gleichen Tag stellte die große Koalition der Öffentlichkeit ihre Gesetzesinitiative für ein Klimapaket vor. Dabei wurde schnell klar: Die Regierung versucht zwar im Fahrwasser der Proteste zu schwimmen, wird aber der Herausforderung nicht gerecht. Zu wenig, zu spät lautete das Urteil von Opposition, Klimaforscher*innen und -aktivist*innen.

Die Ausgangslage für die Klimabewegung ist alles andere als günstig, denn die notwendigen Veränderungen berühren – anders als etwa bei der Einschränkung des Asylrechts –

mächtige Interessen. Große Unternehmen und Industrieverbände weigern sich, konsequent umzusteuern, die Regierung übt keinen Druck auf sie aus. Selbst kleinere Maßnahmen, wie ein abgesenkter Mehrwertsteuersatz für Bahnfahrkarten, werden zerredet. Verschärft wird die Lage durch eine weitere Herausforderung, mit der bislang keine andere soziale Bewegung zu kämpfen hatte: die Zeitnot. Nach allen Prognosen sind irreversible Dynamiken im globalen Klima umso wahrscheinlicher, je länger es dauert, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren.

Reicht der Protest von Millionen Menschen also nicht aus, um Politik zum Handeln zu bewegen? Das wird die Zukunft zeigen. Doch es gibt keinen Grund, den Kopf in den Sand zu stecken. Für viele erhöht die Aufmerksamkeit für das Thema die Motivation und die Überzeugung, dass die Proteste ein Gelegenheitsfenster öffnen. Die Schulstreiks haben viele Menschen aktiviert, die bislang untätig waren. Mit den Blockaden von Ende Gelände ist es gelungen, die Braunkohleverstromung auf die Agenda zu setzen. Die Proteste gegen die IAA haben die Autobranche in Erklärungsnot gebracht. Es kann also gelingen, die Ursachen der Erderwärmung zu benennen und zu einem politisch diskutierbaren Problem zu machen.

Auch wenn die geplanten Maßnahmen der Regierung in einem krassen Missverhältnis zu der gesellschaftlichen Mobilisierung stehen, hat sich die Situation grundlegend verändert. In den Redaktionen steht die menschengemachte Erderwärmung dauerhaft auf der Agenda, in den Familien wird die eigene Lebensweise diskutiert, immer mehr Menschen sind bereit, sich für eine andere Klimapolitik einzusetzen. Die nächste Gelegenheit dazu bietet der Klimaaktionstag am 29. November mit Aktionen in hunderten deutschen Städten. Doch eins ist klar: Die Klimabewegung wird einen langen Atem brauchen, damit der Groschen auch bei denen fällt, die Verantwortung tragen.

Termine

Strategiewerkstatt in Berlin
13.-15. März 2020

Nächster Antragsschluss Basis- und Kampagnenförderung
7. April 2020

Den Immobilien-Haien den Zahn ziehen

Gastbeitrag von Johannes Schorling von unserem Förderprojekt „Deutsche Wohnen enteignen“, das gegen Wohnraumspekulation und für bezahlbare Mieten in Berlin kämpft



Der Widerstand wächst: In Berlin gründen sich ständig neue Mieter*innen-Initiativen, die sich gegen Konzerne wie die Deutsche Wohnen organisieren. Foto: Some Human CC BY 2.0

Es brodelt in Berlin. Kaum irgendwo sonst auf der Welt sind die Mieten in den letzten Jahren so schnell gestiegen. Innerhalb des Berliner S-Bahn-Rings haben Normalverdienende mittlerweile kaum Chancen, eine Wohnung neu anzumieten. Dass die Mieten steigen, hat nicht nur damit zu tun, dass Berlin wächst und es zu wenig Wohnraum gibt. Eine entscheidende Rolle spielen auch private Wohnungskonzerne wie Deutsche Wohnen, Vonovia, Akelius und Co., die die Stadt als Goldgrube für sich entdeckt haben.

Durch Privatisierungen sind tausende ehemalige kommunale Wohnungen zu Spottpreisen in die Hände dieser Konzerne gelangt. Ihre Geschäftsstrategie lautet nun: Optimierung der Rendite durch aggressive Mietsteigerungspolitik.

Doch auch der Widerstand hat zugenommen. Im April 2019 demonstrierten rund 40.000 Menschen in Berlin bei der größten mietenpolitischen Demo seit Jahrzehnten gegen den „Mietenwahnsinn“. Und ständig gründen sich neue Mieter*innen-Initiativen, die sich gegen Konzerne wie die Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ ist ein Versuch, in die Offensive zu kommen und der profitgetriebenen Spekulation einen Riegel vorzuschieben. Die Initiative wird getragen von selbstorganisier-

ten Mieter*innen, verschiedenen Gruppen der stadtpolitischen Bewegung sowie einer Vielzahl engagierter Einzelpersonen. Zentrales Element der Initiative ist ein Volksbegehren. Mit diesem wird der Berliner Senat aufgefordert, ein Gesetz zu erlassen, um die Wohnungsbestände privater Wohnungskonzerne mit mehr als 3.000 Wohnungen zu enteignen und in eine Anstalt öffentlichen Rechts zu überführen. Die Initiative beruft sich dabei auf Artikel 15 des Grundgesetzes, demzufolge Grund und Boden zum Zweck der Vergesellschaftung in Gemeineigentum überführt werden können.

Im Frühjahr 2019 wurden in nur zwei Monaten rund 73.000 statt der benötigten 20.000 Unterschriften gesammelt und damit die erste

Hürde genommen. Derzeit verzögert der Berliner Senat die rechtliche Prüfung des Volksbegehrens – dabei haben mehrere Gutachten im Auftrag des Senats längst die Rechtmäßigkeit unseres Vorhabens bestätigt. In der zweiten Phase müssen wir danach die Unterschriften von sieben Prozent der wahlberechtigten Berliner*innen (ca. 170.000) sammeln, damit es zu einer Volksentscheidung kommt.

Doch die Initiative ist weit mehr als das Volksbegehren: Nur eine starke Mieter*innenbewegung wird in der Lage sein, die Vergesellschaftung von Wohnraum tatsächlich durchzusetzen. Deshalb hat unsere AG Starthilfe in den letzten Monaten die Gründung neuer Initiativen in verschiedenen Siedlungen der Deutschen Wohnen unterstützt, eine Organizing-Infobroschüre herausgegeben und veranstaltet regelmäßig Trainings zur Mobilisierung der Nachbarschaft.

Unabhängig vom Ausgang des Volksbegehrens ist die Kampagne schon jetzt ein Erfolg. Die Debatte um Enteignung hat bundespolitische Wellen geschlagen. In Berlin unterstützt laut Umfragen jede*r Zweite unserer Anliegen. Auch der Mietendeckel, der in Berlin gerade durch den rot-rot-grünen Senat eingeführt wird und einen Paradigmenwechsel in der Wohnungspolitik bedeuten könnte, wäre ohne den Druck der stadtpolitischen Bewegung und die Forderung nach Enteignung nicht denkbar. Der Plan des Senats sieht vor, die Mieten in Berlin – mit einigen Ausnahmen – für fünf Jahre einzufrieren. Auch Absenkungen von Wuchermieten sollen unter bestimmten Bedingungen möglich sein.

Das zeigt: Wenn soziale Bewegungen genug Druck machen, werden auf einmal Dinge möglich, die noch vor einem Jahr undenkbar erschienen. Nun gilt es, diesen Druck aufrecht zu halten. Denn wir haben gerade erst angefangen.

Wer mitmachen will, kann sich unter info@dwenteignen.de melden oder der Initiative „Deutsche Wohnen enteignen“ in den sozialen Netzwerken Facebook und Twitter folgen.

Vernetzung gibt Kraft

200 Aktive - drei Tage Austausch: Bericht von unserer Strategiekonferenz in Berlin



Voneinander lernen und Kräfte bündeln: Das war das Ziel unserer Bewegungskonferenz „Zusammen wirksam!“, die Mitte Oktober in Berlin stattfand.

Foto: Paul Lovis Wagner

„Wir atmen dieselbe Luft. Wir müssen zusammenkommen. Wir können Probleme nur zusammen lösen.“ So brachte der Aktivist Alassane Dicko aus Mali auf unserer Strategiekonferenz die Notwendigkeit zur Vernetzung auf den Punkt. Und darum ging es: Dass soziale Bewegungen angesichts von Rechtsruck, sozialer Spaltung, Klimakrise und Abschottung Europas zusammenkommen, sich austauschen und ihre Kräfte bündeln.

Unter dem Motto „Zusammen wirksam!“ hatte die Bewegungstiftung vom 18. bis 20. Oktober zur Konferenz geladen. 200 Aktive aus verschiedenen sozialen Bewegungen waren ins Refo Moabit gekommen, eine Kirche in Berlin-Moabit, die auch für Veranstaltungen offen steht. Sie erlebten drei Konferenztage mit intensiven Diskussionen, Austausch über Strategien und konkretem Pläneschmieden.

Das Spektrum der Teilnehmenden war breit gestreut. Menschen aller Altersgruppen aus 150 verschiedenen Gruppen und Organisationen waren dabei, von der Friedens- über die Antira-, Frauen- und Klimabewegung, bis hin zur Mieter*innen-Bewegung und Menschen, die sich für Datenschutz, eine Agrarwende,

die Rechte von Menschen mit Behinderung oder globale Gerechtigkeit einsetzen. Startpunkt war am Freitagabend eine Podiumsdiskussion, bei der Vertreter*innen von Bewegungen, die gegen Rassismus, Rechtsruck und für Menschenrechte kämpfen, ihre Strategien vorstellten. Maximilian Reimers von Fridays for Future hob bei der Debatte hervor, dass man gesellschaftliche Probleme nicht isoliert betrachten könne. „Alle sind von allem betroffen. Wir müssen die Probleme gemeinsam angehen – in einer demokratischen und ökologisch und sozial gerechten Gesellschaft.“

Der Samstag begann dann mit einer Großgruppeneinheit der besonderen Art. In 18 Kleingruppen stellten Organisationen wie

LobbyControl oder Adopt a Revolution, aber auch Bewegungen wie das Unteilbar-Bündnis, Extinction Rebellion und Seebrücke, sowie die Atomwaffen-Gegner*innen von ICAN und die Kampagne „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ ihre strategischen Ansätze vor.

Am Nachmittag ging es in mehreren großen Diskussionrunden um Alltagskämpfe, utopisches Denken, Transnationalismus, ökologische Krise und Systemwandel und die Frage: In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Diskutiert wurde etwa, wie Menschen über Alltagskämpfe praktisch zusammenkommen können. Eine Vertreterin vom Bündnis „Zwangsräumung verhindern“ machte anschaulich, was damit gemeint ist: „Wir beteiligen uns auch an Blockaden, wenn Abschiebungen verhindert werden sollen, und erleben umgekehrt, dass viele Leute von Extinction Rebellion kommen, wenn wir eine Zwangsräumung stoppen. Das stärkt und gibt Kraft.“

Der Sonntag war fürs Pläneschmieden und Verabredungen treffen reserviert – mit vielen konkreten Ergebnissen, die anschließend im Plenum vorgestellt wurden, wie zum Beispiel eine Soli-Kampagne für linke Projekte, die sich in einem rechten Umfeld behaupten müssen, und eine Kampagne von Gemeingut in BürgerInnenhand, welche die Themen Mieten und Klimaschutz verknüpft. Vorläufiger Arbeitstitel: Wohnungstausch statt noch mehr Beton.

Neben diesen konkreten Vorhaben hoben viele Teilnehmende als wichtigstes Ergebnis den Austausch über Bewegungsgrenzen hervor. „Auch wenn wir alle mit unseren eigenen Bewegungen viel zu tun haben: Wir müssen uns für diese Vernetzung Zeit nehmen“, appellierte ein Antira-Vertreter in einer Diskussionsrunde. „Das gibt Kraft und bringt uns zu einer gemeinsamen Erzählung. Die brauchen wir, um in die Offensive gehen zu können.“

Fotos, Filme und Presseberichte zur Konferenz gibt es unter: bewegungstiftung.de/dokumentation

Impressum: Herausgeber Bewegungstiftung, Artilleriestraße 6, 27283 Verden **Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:** Simon Teune, Johannes Schorling, Helene Lodtka **Verantwortlich:** Wiebke Johanning, johanning@bewegungstiftung.de **Kontakt:** Telefon 04231/957 540, Fax 04231/957 541, info@bewegungstiftung.de, www.bewegungstiftung.de **Bankverbindung:** Bewegungstiftung, GLS Gemeinschaftsbank e.G., BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE56 4306 0967 0046 3144 00 **Layout:** Monika Bröse, Freiraum Kommunikation, www.freiraum-koeln.de **Druck:** Pachnicke, Göttingen, Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Unsere neuen Förderprojekte



Neu in der Förderung: Das Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus streitet für würdige Arbeitsbedingungen und eine gute Versorgung der Patient*innen. Foto: Privat

Kampagnenförderung

Kassel kohlefrei

Das Bündnis aus lokalen Gruppen und Privatpersonen setzt sich für den Kohleausstieg in Kassel ein und strebt eine umfassende und zügige Wende in der Energieversorgung an. Mit einem Bürgerentscheid, öffentlichkeitswirksamen Aktionen und Verhandlungen mit der Politik wollen die Aktiven erreichen, dass das Kasseler Fernwärmekraftwerk möglichst bald keine Kohle mehr als Energieträger nutzt, als ersten Schritt zu einem klimaneutralen Kassel bis 2030.

Kampagnenförderung: 9.000 Euro
kassel-kohlefrei.de

Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus

Das Bündnis streitet für würdige Bedingungen für alle Patient*innen und Beschäftigte in Hamburger Gesundheitseinrichtungen. Die Kampagne will erreichen, dass sich der Personalschlüssel zukünftig am Bedarf der Patient*innen orientiert. Außerdem will das Bündnis Regeln für gute Arbeitsbedingungen in den Hamburger Krankenhäusern durchsetzen. Dafür sollen Krankenhausbeschäftigte und Bevölkerung in Hamburg mobilisiert und mit Protestaktionen Druck auf die Regierungsparteien ausgeübt werden, damit diese verbindliche Vorgaben festlegt.

Kampagnenförderung: 15.000 Euro
pflegenotstand-hamburg.de

#SyriaNotSafe

Die Kampagne der Initiative Adopt a Revolution klärt über Fluchtgründe aus Syrien und die dort andauernden massiven Menschenrechtsverletzungen auf. Die Aktiven wollen erreichen, dass der Abschiebestopp nach Syrien bestehen bleibt und das Land weiterhin als nicht sicher eingestuft wird. Zu den Innenministerkonferenzen im Winter 2019 und im Sommer 2020 werden die Aktiven zusammen mit syrischen Geflüchteten Online-Proteste und Aktionen vor Ort organisieren, um die Öffentlichkeit über die Menschenrechtslage in Syrien zu informieren und Druck auf die politisch Verantwortlichen zu machen.

Kampagnenförderung: 15.000 Euro
syria-not-safe.org

Starthilfe

Mit dem neuen Starthilfeprogramm unterstützen wir Initiativen, die neue Strukturen aufbauen oder neue Themen angehen wollen.

Mietergemeinschaft Schönefelder Höfe

Die Initiative aus dem Leipziger Ortsteil Schönefeld-Abnandorf will eine selbstorganisierte Mieter*innen-Bewegung aufbauen, um sich gegen die Geschäftspraktiken des Wohnungsunternehmens Vonovia zu wehren. Vonovia vermietet in dem Quartier 1.600 Wohnungen und setzt die Bewohner*innen mit systematischer Mieterhöhung durch Modernisierung

und mit betrügerischen Betriebskostenabrechnungen unter Druck. Mit Mobilisierung und Protestaktionen will die Initiative Ohnmacht und Empörung in Mietermacht verwandeln und Vonovia vor Ort zu einer anderen Geschäftspolitik bewegen.

Starthilfe-Förderung: 9.860 Euro

Grüne Liga

Nicht nur der Abbau von Kohle, sondern auch der von Sand, Kies und Gestein im Tagebau zerstört Böden, Landschaften und Wasserhaushalt. Die Grüne Liga vernetzt seit fast 30 Jahren viele von Kies- oder Gesteinsabbau betroffene Initiativen und will nun ihre Arbeit intensivieren, um in der Bundespolitik mehr Gehör zu finden. Grundlage dafür ist eine Bestandsaufnahme des bundesweiten Abbaus und eine bessere Vernetzung der Initiativen. Langfristiges Ziel ist die Novellierung des Bundesberggesetzes und die Einführung einer Primärbaustoffsteuer. Außerdem soll die Öffentlichkeit über die zerstörerischen Folge des ungebremsten Baubooms aufgeklärt werden.

Starthilfe-Förderung: 9.100 Euro
netzwerk-gesteinsabbau.de

BIPoC Environmental & Climate Justice Kollektiv Berlin

Die Gruppe beschäftigt sich mit den Herausforderungen, die durch Klimawandel und Umweltzerstörung entstehen. Der Fokus liegt dabei auf der Sichtbarmachung kolonialer Kontinuitäten und der Frage wie Klimagerechtigkeit praktisch werden kann. Das Kollektiv veranstaltet Vorträge, Workshops und direkte gewaltfreie Aktionen wie Bäume pflanzen, BIPoC (Black/Indigenous/People of Colour) Safer Spaces in politischen Zusammenhängen und Klettertrainings.

Starthilfe-Förderung: 9.000 Euro

Basisförderung

Wir unterstützen drei Organisationen mit jeweils 60.000 Euro Basisförderung. Die **Seebrücke-Bewegung** setzt sich für sichere Fluchtwege und ein offenes Europa ein. Das transnationale Netzwerk **Afrique-Europe-Interact** unterstützt Geflüchtete und Migrant*innen bei ihrem Kampf für Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte. Das internationale Bündnis **Stay Grounded** engagiert sich für eine Begrenzung von Flugverkehr. Mit der institutionellen Förderung verteilt über drei Jahre unterstützen wir den weiteren Aufbau der drei Organisationen.

Die Wissensvermittlerin

Bewegungsarbeiterin vorgestellt: Paula Tilly unterstützt Aktivist*innen durch Netzwerk-Arbeit, partizipative Bildung und das Aufzeigen von digitalen Möglichkeiten



Paula Tilly hat ihren Job in einer Entwicklungshilfe-NGO aufgegeben, um sich Vollzeit und unbezahlt in sozialen Bewegungen engagieren zu können. „Ich mache jetzt nur noch politische Projekte, die ich für wirklich sinnvoll halte.“

Foto: Privat

Kapitalismus, Klimawandel und Nationalismus – das sind die Themen, zu denen sich unsere neue Bewegungsarbeiterin Paula Tilly (Jahrgang 1992) als Vollzeit-Aktivistin engagiert. Dabei sieht sie sich als eine, die aus der zweiten Reihe agiert. „Ich will Strukturen schaffen, damit Menschen in sozialen Bewegungen erfolgreicher arbeiten können“, sagt Paula.

Sie will Aktivist*innen durch Netzwerk-Arbeit, partizipative Bildung und die Vermittlung von digitalen Möglichkeiten unterstützen. „Ich denke, dass linke Graswurzel-Proteste manchmal noch stärker im gesellschaftlichen Mainstream ankommen könnten, wenn sie moderne und effektive Tools und Techniken bewusst einsetzen würden“, so Paula. Dazu hat sie das Bildungsnetzwerk „Skills for Utopia“ mitgegründet. Dort können sich Aktivist*innen zum Beispiel mit Hacker*innen und Social-Media-Journalist*innen vernetzen und an Workshops zu Fundraising, digitaler Selbstverteidigung und Pressestrategie teilnehmen. Finanziert werden die Referent*innen über Fördergelder von Stiftungen. Für die Teilnehmenden sind die Workshops kostenlos. Zukünftig wollen Paula und ihre Mitstreiter*innen auch E-Learning-Formate entwickeln, damit Wissen online weitergegeben werden kann.

Bei dieser Arbeit helfen Paula ihre Erfahrungen im Bereich Projektmanagement und Organi-

sationsstrategie. Nach einem Studium der Politikwissenschaften in den Niederlanden hatte sie mehrere Jahre als Mitarbeiterin in Entwicklungshilfeorganisationen gearbeitet. Im Sommer 2018 kündigte sie ihren Job als Betriebskordinatorin einer internationalen NGO, weil sie politisch unabhängig arbeiten wollte. Sie gab ihre Wohnung auf und zog im August 2018 zu den Baumbesetzer*innen in den Hambacher Wald – just, als sich dort die Proteste gegen die bevorstehende Rodung zuspitzten.

Prägende Zeit im Hambacher Forst

Paula erlebte die Räumung mit und organisierte begleitende Proteste in Berlin. „Für mich war das eine total prägende Zeit“, sagt Paula. „Im Hambi wurden die Werte gelebt, die mir wichtig sind: Solidarität, Freiheit und Fürsorglichkeit.“ Trotz des massiven Polizeiaufgebots und der erlebten Repressionen sei es eine sehr bestärkende Erfahrung gewesen. „Wir haben

ultra-viele Menschen politisiert und erreicht, dass im Eilverfahren ein Rodungsstopp veranlasst wurde.“ Aus der Zeit im Hambacher Wald stammt auch ihr Entschluss, als Aktivistin anonym zu bleiben. Denn Paula Tilly ist nicht ihr richtiger Name, sondern ein Pseudonym. Als Grund nennt sie die enormen Geld- und eventuell auch Freiheitsstrafen, die ihr bei Aktionen zivilen Ungehorsams drohen, sowie die reale Gefahr eines Überwachungsstaates.

Um sich Vollzeit und unbezahlt engagieren zu können, verzichtet Paula auf ein festes Einkommen, Wohnung und Komfort. Stattdessen lebt sie mobil mit Rucksack und Laptop, schläft bei Freund*innen und Familie und vielleicht bald im eigenen Bauwagen auf einem besetzten Platz in Berlin. Sie trampelt oder fährt Bus statt mit der Bahn, geht containern und besorgt sich ihre Kleidung in Umsonstläden oder auf Flohmärkten. „So ein Lebensstil ist zwar manchmal anstrengend“, sagt Paula. „Aber das Gefühl, etwas zu bewegen, macht die Anstrengung wett.“

Engagement für ein solidarisches Miteinander in Freiheit

Ihre persönlichen Lebenshaltungskosten schätzt sie auf monatlich 500 Euro. Um diese zu decken, hat Paula vor einigen Monaten selbst einen politischen Patenschaftskreis gegründet, dann vom Bewegungsarbeits-Modell gehört und sich beworben. Sie hofft, als Bewegungsarbeiterin neue Pat*innen gewinnen und ihre Anonymität besser bewahren zu können. Ihr altes Leben mit Festanstellung vermisst Paula jedenfalls nicht: „Ich mache jetzt nur noch politische Projekte, die ich für wirklich sinnvoll halte und setze mich für meine Ideale ein – für ein solidarisches Miteinander in Freiheit anstatt Nationalismus, für eine teilende und soziale Gesellschaft anstatt kapitalistischer Marktlogiken, und für das Klima und die Gesundheit der Welt.“

Werden Sie Pat*in! Schon mit 10 Euro im Monat können Sie die Arbeit von Paula oder die der anderen Bewegungsarbeiter*innen fördern.
Online spenden unter:
[bewegungsarbeiterin.de](#)

Wir müssen jetzt handeln!

Anne Kretzschmar von unserem Förderprojekt „Stay Grounded“ erklärt im Interview, warum wir Flugverkehr begrenzen müssen und wie das Reisen der Zukunft aussehen könnte



Anne Kretzschmar arbeitet als Campaignerin und Koordinatorin bei Stay Grounded. Das Bündnis fordert eine Begrenzung des klimaschädlichen Flugverkehrs, vernetzt Initiativen und organisiert auch Proteste, wie hier am Flughafen Barcelona. Fotos: Helene Lodtka, Stay Grounded

Anne, wer oder was steckt hinter dem Netzwerk Stay Grounded?

Anne Kretzschmar: „Stay Grounded ist ein internationales Netzwerk von Menschen, Initiativen und Gruppen, das sich der Klimagerechtigkeitsbewegung zuordnet und inzwischen mehr als 130 Mitglieder auf allen Kontinenten hat. Als Netzwerk unterstützen wir uns gegenseitig in unserer Arbeit und in unseren Kämpfen und informieren über die Klimaschädlichkeit des Flugverkehrs. Unsere Vision ist eine Form von Mobilität, die allen Menschen im gleichen Maße zugänglich ist und dabei innerhalb der planetaren Grenzen verbleibt und nicht auf Kosten anderer Menschen oder zukünftiger Generationen geht.“

Bei vielen Menschen ist das Fliegen ja immer noch beliebt. Wie wollt ihr das ändern?

„Global gesehen können wir es uns nicht leisten, dass der Flugverkehr weiter wächst. Wir sollten im Kopf haben, dass wir auf eine globale Katastrophe zusteuern, die wir nur abwenden können, wenn wir unser Wirtschaften, aber auch unsere Lebensweise massiv ändern. Dazu gehört auch das Reisen. Es ist eine riesige gesellschaftliche Herausforderung wieder ein anderes Bild vom Reisen zu erlernen, ein Reisen, bei dem es nicht darum geht, möglichst oft, möglichst weit und möglichst schnell weg-

zukommen und sich über exotische Reiseziele zu definieren.“

Was sind die wichtigsten Forderungen von Stay Grounded?

„Stay Grounded hat 2018 ein Positionspapier herausgebracht mit 13 Schritten für ein gerechtes Transportsystem. Diese Schritte zeigen, dass es für ein verändertes Reisen vor allem veränderte politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen braucht. Zentrale Punkte dabei sind grüne Scheinlösungen bei der Reduzierung von Emissionen aus dem Flugverkehr zu verhindern. Das Einzige, was Emissionen wirklich mindert, ist eine Reduzierung des Flugverkehrs! Eine zweite Forderung ist der Stopp des Ausbaus und Neubaus von Flughäfen. Eine weitere der Abbau von Subventionen und Steuererleichterungen und die Förderung von alternativen Transportmitteln.“

Ihr habt gerade 60.000 Euro Basisförderung durch die Bewegungsstiftung bewilligt bekommen. Was bedeutet das für euch?

„Eine riesige Hilfe beim Aufbau des Netzwerks und der internen Strukturen. Oft ist es ja leichter, Gelder für konkrete Projekte zu bekommen, während die teilweise auch unsichtbare Koordinations- und Netzwerkarbeit, die Basis, dann leidet. Die Förderung ermöglicht uns eine

langfristige Perspektive für die zentrale Arbeit des Netzwerks. Das geht von Solidaritätsarbeit für unsere Mitglieder im Globalen Süden über die Organisation von Netzwerktreffen und die Strategieentwicklung bis hin zur Evaluation unserer Arbeitsweisen.“

Macht ihr neben der internen Netzwerk-Arbeit auch öffentliche Aktionen und Veranstaltungen?

Ja, wir hatten zum Beispiel im Juni eine große Konferenz in Barcelona, bei der alle Teilnehmenden ohne Flugzeug angereist sind beziehungsweise per Video zugeschaltet wurden, und wir dann gemeinsam über konkrete Maßnahmen zur Reduzierung von Flugverkehr gesprochen haben. Die Ergebnisse werden wir in einer Broschüre veröffentlichen und haben damit als Netzwerk eine Grundlage, auf der wir argumentieren können.

Gleichzeitig arbeiten wir derzeit an einer europaweiten Kampagne, die Menschen aktivieren soll, sich für eine Reduzierung von Flugverkehr einzusetzen. Dabei wollen wir verschiedene Aktionen verbinden. Von Aktionen an Flughäfen, politischen Kampagnen und Petitionen bis hin zur Veränderung von institutionellen Reisepolitiken und auch der individuellen Entscheidung, nicht mehr zu fliegen. Wir glauben, dass all diese Ansätze zusammenspielen müssen, um eine echte Veränderung zu bewirken.“

Das Gespräch führte Helene Lodtka.